

Pressemitteilung

Verlässliche Rahmenbedingungen helfen dem Mittelstand

Round Table Mittelstand beschäftigte sich mit den Herausforderungen für die mittelständischen Unternehmen

Bonn, 13. November 2019. Der wirtschaftliche Mittelstand in Deutschland ist nicht nur volkswirtschaftlich bedeutsam, sondern er findet auch international große Beachtung. Damit dies so bleibt, sind nach Aussagen von Prof. Dr. Friederike Welter (IfM Bonn/Universität Siegen) verlässliche Rahmenbedingungen und gute Standortbedingungen notwendig. Aktuell hätten die mittelständischen Unternehmen schließlich nicht nur das große Thema "Digitale Transformation" zu bewältigen, sondern auch die Folgen der internationalen Handelsstreitigkeiten, die Vorgaben der Klimaschutzpolitik und den zunehmenden Fachkräfteengpass. Zum zweiten Mal in diesem Jahr diskutierten Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen verschiedener Forschungsinstitute sowie Vertreter und Vertreterinnen von Wirtschaftsverbänden und der KfW Bankengruppe mit Vertretern und Vertreterinnen der Wirtschaftspolitik über die aktuellen Herausforderungen für den Mittelstand in Deutschland.

Nach Ansicht von Christian Hirte, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesministerium für Wirtschaft und Energie und Mittelstandsbeauftragter der Bundesregierung, ist sich die Wirtschaftspolitik dieser Herausforderungen bewusst: "Die Ausgestaltung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und Standortfaktoren ist entscheidend für die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands. Sowohl die Mittelstands- als auch die Industriestrategie des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie zielen daher im Kern auf eine Verbesserung der Rahmenbedingungen und Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit unserer mittelständisch geprägten Wirtschaft."

Institut für
Mittelstandsforschung

IfM
BONN

www.ifm-bonn.org

Das IfM Bonn ist eine Stiftung
des privaten Rechts.

Gefördert durch:



Bundesministerium
für Wirtschaft
und Energie

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Ministerium für Wirtschaft, Innovation,
Digitalisierung und Energie
des Landes Nordrhein-Westfalen



Obwohl jedes zweite kleinere und mittlere Unternehmen (KMU) laut einer Unternehmensbefragung von KfW Research die digitalen Technologien für die eigene Wettbewerbsfähigkeit für notwendig hält, hinken sie bei der Umsetzung hinterher. "Ein Grund hierfür liegt in der fehlenden digitalen Infrastruktur, ein anderer im dringend benötigten digitalen Know-how. Dieses ist aktuell sowohl in vielen KMU als auch auf dem Arbeitsmarkt rar", berichtet Dr. Jennifer Abel-Koch (KfW Research).

Dagegen steigt der Anteil der Personen, die ihre Arbeitsleistung über digitale Plattformen (Gig-Economy) anbieten oder hierüber ihr Eigentum teilen (Sharing-Economy). Laut RKW Kompetenzzentrum planen 30 % der Personen, die in der Gig-Economy tätig sind, kurz- bis mittelfristig ein eigenes Unternehmen zu gründen.

Damit Gründungspläne auch umgesetzt werden, sollten nach Untersuchungen des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI), die unter anderem auf einer deutschlandweiten Befragung von Hochschullehrern und -lehrerinnen beruhen, die Studierenden mehr projekt- und problembezogen arbeiten sowie gründungsrelevante Themen in die einzelnen Studiengang-Curricula aufgenommen werden. "Sowohl an den Universitäten als auch an den Fachhochschulen finden sich viele potenzielle Gründer und Gründerinnen. Wenn die Gründungsunterstützung in die Leitlinien der Hochschulen aufgenommen und vermehrt gründungsorientierte Aktivitäten angeboten werden, leistet das einen wichtigen komplementären Beitrag zu bestehenden finanziellen Angeboten der Gründungsförderung", berichtete Dr. Michael Rothgang (RWI).

Nach Beobachtungen von Dr. Georg Metzger (KfW Research) stellen bürokratische Anforderungen für Gründungswillige zwar ein großes Hemmnis dar. Anders als Finanzierungsprobleme oder die Sorge vor finanzielle Risiken halten diese sie jedoch nicht von der Gründung ab. Dennoch sind bürokratische Anforderungen eine große Belastung im Geschäftsalltag von Gründern. Eine Beobachtung, die Dr. Susanne Schlepphorst (IfM Bonn) in ihrem Vortrag "Bürokratiewahrnehmung von Unternehmen" bestätigte: Ein wesentlicher Grund hierfür sei, dass die überwiegende Mehrheit der Unternehmensvertreter und -vertreterinnen den Bürokratie-Begriff deutlich weiter fasse als die Politik. Letz-

tere beschränke den Begriff auf die Dokumentations- und Informationspflichten sowie auf den benötigten Erfüllungsaufwand.

Wie Hürden abgebaut werden und Zugangswege erprobt werden können, stellte Dr. Peter Weiss (ZDH) am Beispiel der gezielten Fachkräftegewinnung im Ausland für handwerkliche Berufe dar: "Prinzipiell müssen dabei alle Akteure im Zuwanderungsprozess eingebunden sowie langfristige Strukturen aufgebaut werden. Je passgenauer dann die Ansprache der Handwerker und Handwerkerinnen im Ausland erfolgt und je enger die Interessenten und die Handwerksunternehmen bei der Integration begleitet werden, desto erfolgreicher gelingt die Zuwanderung aus Drittstaaten."

Nach Ansicht von Fabian Wehnert (BDI) belasten die weiter wachsenden Energiekosten in Deutschland den standorttreuen Mittelstand. Die Wettbewerbsfähigkeit des Mittelstands könne nur sichergestellt werden, wenn Unternehmen entlastet bzw. Anreize für Mehrinvestitionen angeboten werden. Nicht zuletzt das Bundesemissionshandelsgesetz (BEHG) zur Bepreisung von CO₂ stelle viele mittelstandspolitisch relevante Fragen.

Medienkontakt

Dr. Jutta Gröschl
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Telefon: (0228) 72997-29
E-Mail: groeschl@ifm-bonn.org

Follow us on [Twitter](#) | [Youtube](#)